

























1. Im Herbst wird auf Bundesebene die finale Entscheidung zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes fallen. Planen Sie die Vorgaben dieses Gesetzes in Bayern im Rahmen eines eigenen Landes-GEG ambitionierter aufzugreifen?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FW 
<p>Wir als CSU wollen modernes Heizen mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgern gestalten und lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, mit Verboten und überzogenen Anforderungen an Sanierung und Energieversorgung Wohnen und Eigentum für Normalverdiener unbezahlbar zu machen. Wir stehen für Planungssicherheit und Technologieoffenheit beim Heizen und setzen auf Anreize und konkrete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen statt eigentumsgefährdender Verbote. Die Heizung muss zum Haustyp passen. Wir wollen, dass man auch zukünftig mit Holz, Hackschnitzeln, Pellets und Biomethan heizen darf. Die Ampel in Berlin handelt gegenteilig: Sie lässt die Menschen bei Kosten, Fristen und technologischen Lösungen vollkommen alleine und beantwortet nicht, wie dieses Gesetz überhaupt in der Praxis umgesetzt werden könnte. Niemand weiß, woher die Handwerker, der Strom und die Technologie kommen sollen, um das Gesetz der Ampel umzusetzen. Das sogenannte „Heizungsgesetz“ würden wir sofort abschaffen.</p>	<p>Nein, denn das GEG des Bundes lehnen die FREIEN WÄHLER Bayern in der vorgelegten Form ab. Es ist nicht dazu geeignet die Ziele von Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Gebäudebereich zu erreichen und die Bevölkerung angemessen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Anstatt Gebäudebesitzer mit zusätzlichen, völlig unrealistischen Sanierungszwängen zu überziehen, muss der Einsatz moderner, umweltschonender und wirtschaftlich tragfähiger Technologien weit stärker gefördert und damit die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum in ökologisch wie ökonomisch sinnvoller Art und Weise massiv vorangetrieben werden.</p>	<p>Wir wollen das Bayern bis 2035 klimaneutral ist. Die Länder-öffnungsklausel im GEG ist dazu geeignet, jenen Bundesländern, die sich im Vergleich zum Bund ambitionierter Klimaschutzziele gegeben haben, darauf zu reagieren.</p> <p>In Bayern werden wir, die Erschließung der Geothermie für die Wärmeversorgung vorantreiben und die Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung vonseiten des Freistaats unterstützen.</p>	<p>Das GEG ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Weil Bayern dieses Ziel auch nach dem Willen der Staatsregierung mindestens fünf Jahre früher erreichen will, beschleunigen wir die Mechanismen des Bundesgesetzes: Alle Kommunen bekommen die finanzielle Unterstützung, die sie benötigen, um möglichst zeitnah Kommunale Wärmepläne zu erstellen. Außerdem wollen wir jährlich 800 Mio. Euro in die soziale Absicherung der Wärmewende investieren. Damit werden alle Menschen im Freistaat unterstützt, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen nicht aus eigener Kraft leisten können. Wir bringen Klimaschutz und soziale Absicherung zusammen.</p>	<p>Nein. Die FDP hat im Bundestag dafür gesorgt, dass das GEG im Gegensatz zum Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium technologieoffen und praktikabel geworden ist. Wir müssen die Menschen beim Klimaschutz mitnehmen, statt sie zu überfordern. Daher wird es mit der FDP keine Regelungen geben, die über die im Bund bereits beschlossenen hinausgehen.</p>

2. Gerade im ländlichen Raum sind viele Hausbesitzer auf Heizöl für die Wärmeerzeugung angewiesen. Vorteile sind die Möglichkeit der eigenen Bevorratung und die permanente Verfügbarkeit. Werden Sie den Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe (sog. „Green Fuels“) politisch unterstützen?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
<p>Die ursprüngliche Fassung des GEG hat gerade im ländlichen Raum zurecht für großen Unmut gesorgt, da der Fokus auf leitungsgebundene Wärmeinfrastruktur und elektrische Optionen, wie etwa die Wärmepumpe, die dortige Bevölkerung vor erhebliche Probleme gestellt hätte. Auch auf Druck von CDU und CSU hat die Ampel nun das GEG an das Wärmeplanungsgesetz gekoppelt und damit die Gestaltung der Wärmewende stärker an die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse gebunden.</p> <p>Damit ist auch erneut Spielraum da, zumindest in kleineren, ländlichen Gemeinden alternative Wege zu gehen. Im Sinne der Technologieoffenheit unterstützen wir dabei alle Vorstöße, die eine Erleichterung für die Lage der Bürgerinnen und Bürger versprechen.</p>	<p>Ja, denn die weitere Nutzung bereits umfangreich vorhandener Infrastruktur leistet nicht nur einen Beitrag zu Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit der Wärmeversorgung, sondern ist auch aktiver Klimaschutz, indem die vorzeitige Vernichtung von aufwendig erstellter Infrastruktur vor dem Ende ihrer eigentlichen Lebenszeit vermieden wird.</p>	<p>Die Regelungen im GEG, die gerade vom Bundestag verabschiedet worden sind, sind technologieoffen gestaltet. Wer auf 65 Prozent Erneuerbare Energien umsteigt, kann auf mehrere pauschale Erfüllungsoptionen zurückgreifen. Des Weiteren lassen der Quartiersansatz und die Innovationsklausel weitere Lösungsansätze zu.</p>	<p>Der Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe ist überall dort denkbar, wo er sich wirtschaftlich darstellen lässt. Wir gehen davon aus, dass die immense Energiemenge, die zur Herstellung von Green Fuels notwendig ist, volkswirtschaftlich in anderen Bereichen besser aufgehoben ist, insbesondere im Transportwesen, wo es an Alternativen mangelt.</p>	<p>Die FDP hat sich auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, das von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung eingeführte Ölheizungsverbot wieder abzuschaffen. Damit ist sichergestellt, dass auch in Zukunft jeder die Heizung wählen kann, die am besten zu seinem Haus passt. Bei entsprechender Nachfrage können also selbstverständlich auch klimaneutrale Flüssigbrennstoffe eine dauerhafte Zukunft haben.</p>

3. Werden Sie sich im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung, dafür einsetzen, dass auch der individuelle Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe berücksichtigt werden kann?				
CSU	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
v. g. Frage 2	<p>Ja. So unterschiedlich wie die individuellen Ausgangsbedingungen in Bayern, so vielfältig sind die Lösungsansätze für die regionale Wärmeplanung und die übrigen Beiträge zur Energiewende. Als FREIE WÄHLER wissen wir daher, wie wichtig es ist, dass Kommunen und Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, Problemen mit passenden Lösungen zu begegnen. Hierfür muss der Gesetzgeber realistische Ziele setzen und technologieoffen Wege hierzu eröffnen. Wir lehnen daher aus innerer Überzeugung die Zwangspolitik der Ampelregierung ab und sprechen und für einen Ausbau der Förderung aus. Das ist nach unserem Dafürhalten der Kern unserer freiheitlichen Grundordnung, zu der die Ampelparteien wieder zurückkehren müssen. Die FREIEN WÄHLER haben den Ausbau von alternativen regenerativen Energieträgern vorangetrieben. Hier ist insbesondere neben der Biomasse auch der Wasserstoff zu nennen. Die ideologische Stigmatisierung des Brennstoffs Holz durch Europa, die Ampelparteien und einzelne Interessenverbände halten wir nicht nur für fachlich falsch, sondern auch für gesamtgesellschaftlich fatal. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Zeitenwende auf Grund eines fundierten Gesamtplanes erfolgen muss, statt wie die Ampelparteien Symbolpolitik mit fatalen gesamtwirtschaftlichen Folgen zu betreiben. Hierzu können auch regenerative Flüssigbrennstoffe einen sinnvollen Beitrag leisten.</p>	<p>Das Bundeskabinett hat Mitte August einen Gesetzentwurf zur flächendeckenden Wärmeplanung verabschiedet. Dieses soll zusammen mit dem Gebäudeenergiegesetz Anfang 2024 in Kraft treten. Gerade der SPD war die Koppelung des GEG an dieses zentrale Steuerungsinstrument für die Kommunen, und damit Orientierungshilfe für die Bürgerinnen und Bürger in der Wärmewende, ein wichtiger Baustein. Denn damit soll für die Bürgerinnen und Bürger ersichtlich werden, welche Wärmeversorgungsmöglichkeiten in ihrer Straße geplant werden und zukünftig zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis können Eigentümerinnen und Eigentümer aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen die für sich beste Wärmeversorgung wählen.</p> <p>Dafür stehen mehrere Erfüllungsoptionen aus dem GEG beim Umstieg auf 65 Prozent Erneuerbare Energien zur Verfügung (s.o.).</p>	<p>Die Kommunale Wärmeplanung findet aus vernünftigen Gründen auf kommunaler Ebene statt. Dem würden Vorgaben auf Landesebene widersprechen. Wenn man den aktuellen Marktanalysen aber ganz allgemein folgt, werden Green Fuels im Gebäudesektor keine große Rolle spielen, weil sie auf absehbare Zeit unwirtschaftlich sind. Deshalb hielten wir es für falsch, den Bürgerinnen und Bürgern durch eine Kommunale Wärmeplanung eine nach aktuellem Stand teure und ineffiziente Wärmeversorgung aufzuzwängen.</p>	<p>Die Möglichkeit zum Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe konnte die FDP bereits im Gebäudeenergiegesetz verankern, sodass eine zusätzliche Regelung im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung nicht notwendig ist.</p>






4. Aus welchen Gründen unterstützen Sie oder lehnen Sie die Pläne des Bundes ab, an sämtlichen Tankstellen eine Schnellladesäulenpflicht gesetzlich vorzuschreiben?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
<p>Bayern ist das Land der Elektromobilität. Bei der Elektro-Ladeinfrastruktur sind wir jetzt schon Spitze. Wir haben mehr Ladepunkte als jedes andere Land. Die Mobilität der Zukunft ist der Technologiemix mit Elektro- und Wasserstoffantrieben und dem klimaneutralen Verbrenner. Wir bauen deshalb das Netz mit voller Kraft weiter aus und werden mit der E-Fuel-Forschung am Campus Straubing der Technischen Universität München eine technologische Alternative zu fossilen Brennstoffen für Autos und Flugzeuge entwickeln.</p> <p>Überregulierung und staatlicher Zwang können immer ausschließlich als letztmögliches Mittel genutzt werden. Die politischen Möglichkeiten, alternative Antriebsmöglichkeiten im Wettbewerb zu stärken, sind noch nicht ausgereizt. Darüber hinaus lehnen wir eine künstliche Verengung der Antriebswende auf batterie-elektrische Technologien ab. E-Fuels und etwa wasserstoffbasierte Technologie sollten nicht von vornherein durch einseitige politische Entscheidungen ausgeschlossen werden.</p>	<p>Wir lehnen eine solche Pflicht strikt ab. Es muss in der Entscheidungsfreiheit jedes Tankstellenbesitzers bleiben, ob er eine (Schnell-)Ladesäule anbieten möchte. Zudem könnte eine solche Pflicht dazu führen, dass der Bundesgesetzgeber Tankstellenbetreiber dazu zwingt individuell wirtschaftlich nicht sinnvolle Investitionen zu tätigen oder eine für ihn ökonomisch nicht sinnvolle Infrastruktur zu betreiben. Zudem sind oft die grundlegenden Voraussetzungen für den Aufbau von Schnellladesäulen, z.B. ein entsprechend leistungsfähiges Stromverteilnetz oder die notwendigen Abstellmöglichkeiten für E-Fahrzeuge zum Laden, örtlich gar nicht gegeben. Ohne den zuvor erfolgten flächendeckenden Ausbau der Stromerzeugungskapazität aus EE-Anlagen und deren Anschluss an ein deutlich gestärktes Stromverteilnetz macht eine Forderung nach wesentlich mehr Schnellladesäulen keinen Sinn. Wir treiben beides in Bayern intensiv voran, fordern jedoch auch den Bund auf hier endlich seine Förderanstrengungen deutlich zu intensivieren.</p>	<p>Aus Sicht der SPD gehört die Zukunft insbesondere den elektrischen Antrieben. Eine flächendeckende, bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Ladeinfrastruktur ist dabei ein zentraler Baustein. Deshalb haben sich die Ampelpartner im Bund auf das Ziel von einer Million öffentlich und diskriminierungsfrei zugänglichen Ladepunkten bis 2030 geeinigt – der Schwerpunkt soll dabei auf der Schnellladeinfrastruktur liegen.</p> <p>Den Plan der Bundesregierung, im Herbst ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem die Betreiber von fast allen Tankstellen dazu verpflichtet werden, Schnelllademöglichkeiten mit mindestens 150 Kilowatt für E-Autos bereitzustellen, unterstützen wir.</p>	<p>Langfristig soll der Aufbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur marktwirtschaftlich funktionieren. Allerdings ist der Betrieb und Aufbau von Ladeinfrastruktur nur dann wirtschaftlich lohnend, wenn die Ladeinfrastruktur durch einen steigenden Anteil elektrischer Fahrzeuge gut ausgelastet ist. Die Anschaffung eines emissionsfreien E-Fahrzeugs ist hingegen nur dann attraktiv, wenn es eine breit verfügbare Ladeinfrastruktur gibt. Diese oft beschriebene Henne-Ei-Problematik kann nur aufgelöst werden, wenn Ladeinfrastruktur im Voraus aufgebaut wird. Aus diesem Grund befürworten wir die Pläne der Bundesregierung, wonach jede Tankstelle bis 2028 mindestens einen Schnellladepunkt vorhalten muss.</p>	<p>Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur setzen wir auf die Initiative der Privatwirtschaft, nicht auf Zwang. Mit einer Angebotspflicht würden wir Gefahr laufen, unwirtschaftliche Investitionen zu erzwingen. Es würde auch einen Eingriff in die Gewerbefreiheit bedeuten. Stattdessen muss es mit finanzieller und koordinierender Unterstützung den Unternehmen erleichtert werden, auf ihren Parkplätzen Ladepunkte bereitzustellen. Wir setzen hierbei einen Schwerpunkt auf die Errichtung von Ladeinfrastruktur in Quartieren und an Tankstellen, deren bauliche Gegebenheiten einen wirtschaftlichen Ladeinfrastrukturbetrieb erlauben.</p>






5. Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu, dass die Emissionsbilanz eines Fahrzeugs nicht nur über den Auspuff (Nutzungsphase) gemessen werden sollte, sondern auch andere Phasen, wie z. B. die Herstellung der Antriebsenergie (Lebenszyklus-Ansatz) berücksichtigt werden sollte?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
<p>Die Mobilitätspolitik steht in einem Dreiklang aus Herausforderungen: Mobilität muss bezahlbar, verfügbar und umweltverträglich sein. Dieses Zieldreieck möglichst konfliktarm zu versöhnen ist nun unsere Aufgabe. Umweltschutz und Ressourcenschutz sind für uns gleichermaßen wichtig. Deswegen vertreten wir als CSU grundsätzlich die Meinung, dass zukünftige Produkte langlebiger gestaltet werden und eine Wiederaufbereitung und Reparatur ermöglicht werden muss. Unabhängig davon wollen wir den Verbrennungsmotor mit synthetischen Kraftstoffen erhalten, denn echter Klimaschutz erfordert einen wirkungsvollen Technologiemix mit Elektro- und Wasserstoffantrieben und CO2-freien Kraftstoffen. Wir brauchen deshalb eine Zukunftsoffensive für synthetische Kraftstoffe. Dazu gehört die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen zu Benzin und Diesel sowie eine Befreiung von der Energiesteuer für nicht-fossile Bestandteile von Kraftstoffen. Darüber hinaus unterstützen wir die Entwicklung alternativer Antriebsmöglichkeiten für PKW und Flugzeuge.</p>	<p>Wir stimmen dieser Aussage voll zu. Es muss eine ökologische Gesamtbilanzbetrachtung von der Herstellung über den Betrieb bis zum Recycling / Verwertung vorgenommen werden.</p>	<p>Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, den Lebenszyklus zu berücksichtigen und auch die Emissionen von Bremsen, Reifen oder auch die Lebensdauer von Elektrofahrzeugbatterien mit in die Betrachtung einzubeziehen.</p>	<p>Um ein aussagekräftiges Bild über die Klimaschädlichkeit eines Fahrzeugs zu erhalten ist es unerlässlich, den gesamten Lebenszyklus zu betrachten. Das gilt sowohl für die Emission von Treibhausgasen als auch für andere Schadstoffe, wie Feinstaub oder Stickstoffoxid.</p> <p>Da die Herstellung einen entscheidenden Anteil an den Emissionen eines Fahrzeugs haben kann, setzen wir uns dafür ein, Carsharing-Angebote auszubauen und zu verbessern. Denn wenn mehrere Menschen ein Auto teilen, hilft das den Rohstoffverbrauch zu senken und spart Fläche.</p>	<p>Well-to-Wheel-Bilanzen sind ein Schlüssel für wirksamen und effizienten Klimaschutz. Daher setzen wir in der Klimapolitik auf einen globalen Emissionshandel, der aufgrund seines CO2-Deckels und des Zertifikatshandels garantiert, dass über die gesamte Wertschöpfungskette und über Ländergrenzen hinweg Anreize zur Emissionsminderung bestehen.</p>

6. Aufgrund steigender Verkehrszahlen kämpft besonders der Verkehrssektor mit der Reduzierung von Treibhausgasen. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen und welchen Beitrag sollte Bayern hier leisten?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
<p>Wir als CSU bekennen uns zu den internationalen, europäischen wie auch zu den ehrgeizigen deutschen und bayerischen Klimazielen. Bayern soll bis 2040, noch vor dem Bund, klimaneutral werden. Der Verkehrssektor spielt beim Erreichen der ambitionierten Ziele eine entscheidende Rolle. Beim Güterverkehr und Individualverkehr wollen wir eine stärkere Verlagerung von der Straße auf die Schiene erreichen. Wir wollen den Öffentlichen Nahverkehr und den Schienenpersonennahverkehr weiter stärken und klimafreundlich ausgestalten. So wollen wir komplett auf emissionsfreien Busverkehr umstellen und dafür in den nächsten fünf Jahren 2.000 neue Klimabusse fördern. Im Schienenpersonennahverkehr soll bis 2040 die Umstellung auf grünen Treibstoff statt Diesel erfolgen. Dazu werden wir in den nächsten Jahren Pilotstrecken für alternative</p>	<p>Wir setzen bei der Verkehrswende hin zu nachhaltiger und langfristig klimaneutraler Mobilität auf Technologieoffenheit. Es muss möglich sein für jede Mobilitätsform die jeweils individuell ökologisch und ökonomisch sinnvollste Antriebsform einzusetzen. Wir setzen auf einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen, u.a. mit synthetischen Kraftstoffen, Elektromobilität und Wasserstoffantrieben. Wir wollen in Bayern weiterhin den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität fördern, wozu für uns auch ein Ausbau der Stromverteilnetze gehört und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft kräftig vorantreiben. Insbesondere im Bereich des Güterverkehrs sehen wir großes Potential für Wasserstoffantriebe. Wir wollen Bayern schnellstmöglich an das europäische Wasserstoff-Pipeline-Netzwerk anschließen, dezentrale Elektrolyseure und Wasserstofftankstellen aufbauen. Auch in das</p>	<p>Um die Klimaschutzziele zu erreichen, setzen wir als Bayern SPD zunächst auf eine massive Stärkung des öffentlichen Verkehrs (Bahnen und Busse/ÖPNV), des Fahrrads und (auf kurzen Strecken) von Fußgängerinnen und Fußgängern. Aus Sicht der BayernSPD muss der Freistaat seinen Einfluss auf die Verkehrspolitik des Bundes im Sinne eines massiven Ausbaus der Schieneninfrastruktur nutzen. Für Bayern setzen wir uns für ein Sonderprogramm Schiene ein, beispielsweise für die Reaktivierung stillgelegter Strecken, Bahnhofsgebäude, Industriegleise, Güterverkehrszentren, Verkehrsverbünde und barrierefreie Bahnhöfe. Mittelfristig wollen wir verlässlich und dauerhaft eine Milliarde Euro pro Jahr in einen klimafreundlichen Verkehr im Freistaat investieren.</p> <p>Für den emissionsfreien Individualverkehr setzen wir vor allem auf E-Mobilität, sehen aber auch die Vorteile anderer Technologien. Alternative</p>	<p>Im Jahr 2019 entfielen 30 Prozent der bayerischen Treibhausgasemissionen auf den Verkehrssektor. Berücksichtigt man die THG-Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr, liegt dieser Anteil sogar noch höher. Statt zu sinken sind die THG-Emissionen aus dem Verkehr in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Wir schaffen mehr Mobilität für alle mit weniger Verkehr. Das gelingt mit einem deutlichen Ausbau des Fuß- und Radverkehrs sowie der öffentlichen Verkehrsmittel. Besonders auf dem Land wird das Auto ein Mobilitätsbaustein bleiben, aber künftig ein E-Auto sein. Dafür bauen wir die öffentliche Ladeinfrastruktur flächendeckend aus. Mit Carsharing wollen wir auch Menschen ohne eigenes Auto in Bayern individuell</p>	<p>Die wichtigste Maßnahme zum Klimaschutz auch im Verkehrssektor ist die Einführung einer CO2-Obergrenze in einem Emissionshandelssystem. Die von der FDP seit vielen Jahren geforderte Ausweitung des EU-Emissionshandels u. a. auf den Verkehrssektor wird das Erreichen der Klimaziele ab 2027 europaweit sicherstellen. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, diesen Schritt in Deutschland vorzuziehen und den nationalen CO2-Preis schnellstmöglich in einen echten Emissionshandel zu überführen. Außerdem ist Technologieoffenheit von größter Bedeutung. Deshalb hat die FDP im Bund dafür gesorgt, dass künftig auch E-Fuels und andere klimafreundliche Kraftstoffe in Reinform getankt werden können. Zudem hat Bundesverkehrsminister Wissing das geplante Verbot des Verbrennungsmotors verhindert, dass einst unter anderem von Bayerns</p>

<p>Antriebsmodelle wie Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und Elektro schaffen. All diese Maßnahmen werden dazu beitragen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen massiv reduziert wird.</p>	<p>technologieoffene Bayerische Energieforschungsprogramm und unsere starken Forschungseinrichtungen wollen wir weiter kraftvoll investieren. Im Bereich des Schienenverkehrs setzen wir uns dafür ein, dass die aktuell noch mit Dieselloks befahrenen Strecken schnellstmöglich auf einen Betrieb mit anderen, möglichst klimafreundlichen Antriebsarten umgestellt werden.</p>	<p>Kraftstoffe sind ein wichtiger Baustein, um die Emissionen im Verkehrssektor zu senken, insbesondere in jenen Bereichen, die schwerer oder nicht zu elektrifizieren sind, also etwa in der Schifffahrt und im Luftverkehr.</p>	<p>einen barrierefreien, niedrigschwelligen, günstigen und umweltfreundlichen Zugang zu E-Mobilität und Lastentransporten eröffnen.</p>	<p>Ministerpräsidenten Söder gefordert worden war.</p>
--	---	---	---	--

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bayern im Bundesrat der von der Bundesregierung geplanten Änderung der 10. Bundesimmissionsschutzverordnung zustimmen wird, die den Verkauf von synthetischen biogenen wie strombasierten Reinkraftstoffen ermöglichen wird und falls nicht, warum?

 CSU	 Freie Wähler	 SPD	 Grüne	 FDP
<p>Bereits im Februar hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in einem Antrag gefordert, dass synthetische biogene Kraftstoffe auf paraffinischer Basis in Deutschland getankt werden dürfen. Die Bundesregierung hat unserem Druck mittlerweile nachgegeben und die entsprechende Verordnung auf den Weg gebracht. Wir als CSU begrüßen das.</p>	<p>Ja, denn wir setzen uns für eine umfassende Technologieoffenheit bei der Energiewende ein.</p>	<p>U.a. vor dem Hintergrund, dass in einigen EU-Mitgliedstaaten das Inverkehrbringen paraffinischer Dieselmotorkraftstoffe im Reinform in einigen EU-Staaten bereits gestattet ist, befürworten wir eine Aufnahme von paraffinischen Dieselmotorkraftstoffen nach DIN EN 15940 in die 10. BImSchV. Gleichzeitig muss aus unserer Sicht sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeitskriterien durch die Kraftstoffhersteller sowie eine transparente Kennzeichnung hinsichtlich der Herkunft und der Mengenanteile sichergestellt werden.</p>	<p>Es gibt aus landespolitischer Sicht keine Gründe der Änderung nicht zuzustimmen. Aus ökologischer und ökonomischer Sicht bleiben aber erhebliche Zweifel, ob diese Technologien sinnvoll sind, insbesondere hinsichtlich der Effizienz und der Treibhausgasvermeidung bei der Herstellung dieser Kraftstoffe. Eine Subventionierung halten wir deshalb nicht für sinnvoll.</p>	<p>Ja, die FDP Bayern unterstützt diese von der FDP auf Bundesebene erwirkte Änderung der 10. Bundesimmissionsschutzverordnung.</p>

8. Synthetische, strombasierte Flüssigkraftstoffe haben die größte Speicherdichte, können bei Raumdruck und -temperatur gelagert und transportiert werden. Die Verteil- und Tankinfrastruktur ist ebenfalls vorhanden. Gibt es Gründe, die GEGEN einen breiten Einsatz im Verkehr- u. Wärmesektor sprechen?				
CSU 	Freie Wähler 	SPD 	Grüne 	FDP 
<p>Die CSU setzt sich grundsätzlich für Technologieoffenheit bei Kraftstoffen ein. Den Verkehr wollen wir noch klimafreundlicher gestalten. Dabei setzen wir auf Innovation. Wir fordern eine Zukunftsoffensive für synthetische Kraftstoffe. Dazu gehört die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen in Benzin und Diesel und eine Befreiung von der Energiesteuer für nichtfossile Bestandteile von Kraftstoffen. Des Weiteren sollen auch Elektro- und Wasserstoffantriebe weiter forciert werden.</p>	<p>Nein. Wir sprechen uns für einen technologieoffenen Ansatz bei der Verkehrs- und Wärmewende hin zu langfristiger Nachhaltigkeit und Klimaneutralität aus. Vorschnelle ideologisch motivierte Festlegungen lehnen wir hingegen strikt ab. Jede Anwendung soll diejenige Lösung verwenden können, welche individuell ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig ist. Dabei können selbstverständlich auch synthetische, strombasierte Flüssigkraftstoffe eingesetzt werden.</p>	<p>Strombasierte Kraftstoffe und fortschrittliche Biokraftstoffe sind noch nicht in großem Umfang im Markt verfügbar und derzeit noch vergleichsweise teuer. Des Weiteren müssen ausreichend Mengen erneuerbaren Stroms bereitstehen. Zudem gilt es in diesem Zusammenhang, den Wirkungsgrad bzw. die Leistungsverluste im Verhältnis zum eingesetzten erneuerbaren Strom zu berücksichtigen.</p>	<p>Wir wollen die Stromproduktion baldmöglichst auf erneuerbare Energien umstellen. Da auch erneuerbare Energien nicht endlos zur Verfügung stehen werden, ist es wichtig auf größtmögliche Effizienz zu achten. Gerade im Verkehrs- und Wärmesektor sind synthetische, strombasierte Flüssigkraftstoffe in den allermeisten Anwendungsfällen nicht effizient.</p>	<p>Nein. Der marktwirtschaftliche Preismechanismus wird automatisch dafür sorgen, dass klimaneutrale Kraftstoffe dort zum Einsatz kommen, wo der Bedarf und die Wirtschaftlichkeit am größten sind. Daher besteht keinerlei Notwendigkeit seitens der Politik, die Einsatzfelder klimaneutraler Kraftstoffe zu priorisieren.</p>